

## Presseerklärung                      29.03.2006

Landgerichts-Entscheidung ändert nichts an der Tatsache: Kommunalaufsicht hat es nicht erlaubt: 112 Mio. € aus dem Abwassergeschäft dürfen nicht in den allgemeinen Haushalt der Stadt eingenommen werden.

Der Bürgerinitiative kann man nicht den Mund verbieten.

Im Schnellverfahren mittels Unterlassungsverfügungen sollten die Kritiker einer verdeckten Schuldenpolitik Hoffmanns zum Schweigen gebracht werden.

Das Ergebnis für den OB: ein Desaster, mehr Verwicklungen und Fragen, als zuvor.

Nach wie vor hat die Kommunalaufsicht n i c h t erlaubt, dass der für 2006 fest im Haushalt eingeplante 112 Mio. € -Verkaufserlös aus der Abwasserprivatisierung zu Lasten der Gebührenzahler in den allgemeinen Haushalt transferiert werden darf.

Der aus Bankkrediten stammende Millionen Betrag ist damit erst einmal blockiert. Die wundersame Haushaltsentschuldung des Oberbürgermeisters droht als Farce enttarnt zu werden.

Schon der von OB Hoffmann angestrebte „kurze Prozess“ gegen seine Kritiker im beantragten Schnellverfahren ging schief: das Verfahren zog sich über vier Wochen hin, währenddessen immer mehr Details zu Tage traten und die Fragezeichen über die Aktivitäten im Rathaus immer größer wurden:

- zwei Abwassergebührensatzungen samt der darauf fußenden Gebührenbescheide mussten in der letzten Ratssitzung zurückgenommen werden, weil sie falsch waren;
- den neu erlassenen Gebührensatzungen mangelt es auch an Kalkulationsgrundlagen; auch diese sind schon wieder falsch und werden von Gebührenzahlern angefochten.
- Ein vergessener Ratsbeschluss aus 1997 tauchte auf, der bewies, dass schon einmal 198 Mio. DM auf Kosten der Gebührenzahler aus der Kanalwirtschaft entnommen worden sind. Das unerwartete Auffinden dieses Beschlusses hinterlässt seither betretenes Schweigen im Rathaus und führte zu neuer Betriebsamkeit in der Aufsichtsbehörde.
- Die Beratergesellschaft KPMG, die sich ebenfalls beleidigt fühlte, hat das bereits angekündigte gerichtliche Unterlassungsbegehren gegen eine Bürgeranfrage in der Ratssitzung vom 21.02.06 heimlich wieder begraben, nachdem widersprüchliche Angaben über die Umstände und Wege der Weitergabe von internen, nicht freigegebenen Tonbandmitschriften unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung im Rathaus kursieren.
- Mit Millionen-Honoraren aus den Stadtfinanzen ausgestattet haben KPMG und Beiten-Burkhardt offenbar den Zugang zu zentralen Machtpositionen in der Stadt erringen können und benehmen sich inzwischen wie die wahren Herren der Stadt.

Die im Rat vertretenen Parteien sind angesichts solcher schier unglaublicher Vorgänge im Rathaus aufgerufen, dem Oberbürgermeister engere Grenzen zu ziehen und dem offensichtlich nicht mehr kontrollierbaren Treiben der Beraterfirmen Einhalt zu gebieten.

Die Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums wird ihre Arbeit fortsetzen, damit in Braunschweig die Daseinsvorsorge der Bürgerschaft zur Triebkraft der Politik wird und nicht die optimierten Renditen von Veolia und Co. in einem „Konzern Stadt“.

Dazu werden weiterhin sowohl dezentrale Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen sowie zentrale Infotische in der Innenstadt durchgeführt. Weiterhin wird die Bürgerinitiative mit Flugblatt-Verteilungen inklusive Musterbriefen und notfalls Klage-Vordrucken die Bürgerinnen und Bürger in den Stand versetzen, ihre Daseinsvorsorge gemeinsam durchzusetzen, und zwar solange, bis Bürgerinteressen mit Rechtssicherheit und Verlässlichkeit zum Maß der Politik im Rathaus werden.

**Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums**

c/o Peter Rosenbaum, Rosental 10, 38114 Braunschweig, Tel.: 0531 - 56541